

Atomabfall bleibt noch Jahrzehnte im Zwilag

Tiefenlager Nagra-Chef Thomas Ernst wagt nach Verzögerungen keine Prognose, wann der Bau beginnen könnte

VON HANS LÜTHI

Fast endlos verzögern sie sich, die Endlager für die radioaktiven Abfälle. «Eine Jahreszahl bis zum Baubeginn kann ich nicht nennen», sagte Thomas Ernst vor den Medien in der Villa Boveri in Baden. Besser als Ernst weiss es keiner im Land, denn er ist Vorsitzender der Geschäftsleitung bei der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra). Klar ist nur so viel: Das Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle (SMA) kann erst deutlich später als 2035 eröffnet werden. Und jenes für die hoch radioaktiven Abfälle kommt später als 2045.

Damit bleiben die 100 Tonnen schweren Behälter noch für Jahrzehnte im Würenlinger Zwischenlager. Es ist im Frühjahr 2000 eröffnet worden und hat Platz für die radioaktiven Abfälle aus dem Betrieb der fünf Atomkraftwerke sowie aus Medizin und Forschung.

Reduktion auf 3 bis 5 Standorte

Bis auf eine Ausnahme (Zürich, Nordost) sind schon alle Oberflächenstandorte festgelegt, die dereinst als Pforte zum Tiefenlager dienen. Als Standort hat die Regionalkonferenz Jura Ost einzig Villigen bestimmt. In der Nähe der Kantonsgrenze liegen zudem Däniken SO am Jura-Südfuss und im Osten Weiach ZH für das Gebiet Nördlich Lägern. Zu den weiteren Standort-Regionen gehören Zürich Nordost, Südranden und der Wellenberg (NW).

Vorerst sind noch alle sechs Lagerstandorte völlig gleichberechtigt im Rennen. Den Wegfall von Wellenberg oder Jura-Südfuss dementierte Thomas Ernst vehement. «Bis Ende 2014 wollen wir auf drei bis fünf Standorte reduzieren», versprach er. Als Kriterium diene primär die geolo-



Die schweren Behälter mit hoch radioaktiven Abfällen werden per Spezialfahrzeug ins Zwischenlager Würenlingen geliefert.

EMANUEL FREUDIGER

gische Qualität und damit die Langzeit-Sicherheit, die derzeit genau untersucht werden.

Nicht vor 2017 im Bundesrat

«Von den besten Standorten werden die am wenigsten guten zurückgestellt», schreibt die Nagra dazu. Aber sie selber kann lediglich Vorschläge machen, die dann von Experten der Behörden unter die Lupe genommen werden. Konkret durch das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi), die Eidg. Kommission für nukleare Sicherheit und die Arbeitsgruppe Sicherheit der Kantone. Wenn deren Berichte nach zwei Jahren vorliegen, wird der Bundesrat 2017 über die Standorte beschlies-

Verhaltenskodex für Nagra

Die Nagra mit Sitz in Wettingen hat für die **100 Mitarbeitenden** in 90 Vollzeitstellen im letzten Jahr einen **Verhaltenskodex** erarbeitet. Sie stellt fest, die Entsorgung der radioaktiven Abfälle sei eine politisch, gesellschaftlich und emotional sensible Aufgabe. Dem Kodex liegen gemäss **Nagra-Chef Thomas Ernst** «die Werte Glaubwürdigkeit, Verantwortung, Transparenz und Professionalität zugrunde». **Die Sicherheit** habe bei der Entsorgung **höchste Priorität**, das ist auch die Richtschnur für **Geologe Andreas Gautschi**. (LÜ.)

sen. Von drei bis weiterhin sechs Standorten ist alles möglich. Allein bis zu einer Rahmenbewilligung rechnet die Nagra mit gegen zehn Jahren, also bis etwa 2023. Im höchst komplexen Verfahren sind danach zahllose weitere Schritte nötig.

Entscheide brauchen viel Zeit

Die Stichworte zum Ablauf: Entscheid des Bundesrates, fakultatives Referendum, allenfalls Entscheid durch das Stimmvolk. Danach braucht es für einige Jahre weitere Versuche in einem Felslabor, «damit wir sehen, ob es gemäss unseren Berechnungen funktioniert», betonte Ernst. Das Baubewilligungsverfahren und später das Verfahren für die nu-

klare Betriebsbewilligung werden weitere Zeit benötigen. Die Nagra arbeitet nicht im Elfenbeinturm, sondern ist laut Irina Gaus von der Projektleitung Geowissenschaften national eng mit der Forschung verknüpft, mit dem Paul-Scherrer-Institut Villigen, der Uni Bern, der ETH Zürich und der EPFL Lausanne.

In den Felslabors werden räumliche und zeitliche Simulationen durchgeführt, am Grimsel im Kristallingestein und am Mont Terri im Opalinuston. Als unerlässlich wird auch die internationale Zusammenarbeit eingestuft, in Europa u. a. mit den Lagerstandorten in Schweden und Finnland, mit der OECD, aber auch mit den USA.

Bürgerliche für, Astag gegen Fabi

Parolen Im Hinblick auf die Abstimmung vom 9. Februar über die Fabi-Vorlage (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) hat sich im Aargau das bürgerliche Komitee «Ja zu Fabi» gebildet. Das Co-Präsidium bilden: Matthias Jauslin, Grossrat, Präsident FDP Aargau; Markus Zemp, Präsident CVP Aargau; Severin Rangosch, Direktor BDWM Transport AG, und Maya Bally Frehner, Grossrätin, Fraktionspräsidentin BDP.

Der Vorstand der Aargauer Sektion des Nutzfahrzeugverbands Astag empfiehlt dagegen ein Nein zu Fabi. Die «masslose Überdimensionierung sowie die Mehrbelastung von Steuerzahlern und Strassenbenützern» hätten im Vorstand zu diesem Entscheid geführt, teilt Astag Aargau mit. (AZ)



Sie unterzeichneten die Vereinbarung zur «Aargauer Konferenz der Religionen»: Ernst Blust, Halit Duran, Christoph Weber-Berg, Josef Bollag, Luc Humbel und Christoph Sterkmann (von links, stehend Frank Worbs, Kommunikationsleiter der reformierten Landeskirche).

ALEX SPICHALE

Gemeinsam für religiösen Frieden

Gründung Die neue «Konferenz der Religionen» will nicht nur den Dialog zwischen den Glaubensgemeinschaften im Aargau fördern. Sie versteht sich auch als gemeinsame Ansprechpartnerin für die Politik.

VON URS MOSER

Etwas Vergleichbares gibt es erst im Kanton Zürich: In Aarau wurde die «Aargauer Konferenz der Religionen» ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, das Vertrauen und das friedliche Zusammenleben der Religionen zu fördern und festigen. Daneben will man aber auch gemeinsame Positionsbezüge erarbeiten und in gemeinsamen Anliegen und allgemein bei Themen mit religiösem Hintergrund Gesprächspartner für Regierung und

Behörden sein. Die verfassungsmässig garantierte Religionsfreiheit werfe immer wieder Fragen auf, die es wichtig machten, dass die staatlichen Organe ein Gegenüber haben, sagte Christoph Weber-Berg bei der Unterzeichnung der Gründungsvereinbarung. Der Kirchenratspräsident der reformierten Kirche ist der erste Präsident der Religionskonferenz. Bei der Gründung waren weiter vertreten: Luc Humbel (Kirchenratspräsident der römisch-katholischen Kirche), Christoph Sterkmann (Bischofsvikar des Bistums Basel), Ernst Blust (Kirchenratspräsident der christkatholischen Kirche), Halit Duran (Präsident des Verbands Aargauer Muslime) und Josef Bollag (Präsident Israelitische Kultusgemeinde Baden).

Es ist nicht nur denkbar, sondern wird ausdrücklich angestrebt, Führungspersonen weiterer Glaubensgemeinschaften in die Konferenz auf-

zunehmen. Sie will sich mindestens einmal im Jahr versammeln. Nach aussen äussern wird sich die Konferenz der Religionen zu (inter-)religiösen Fragen nur, wenn innerhalb der Konferenz zum entsprechenden Thema ein Konsens herrscht.

Stütze zur Integration

Als zuständiger Regierungsrat für Kultusfragen begrüsst Alex Hürzeler die gemeinsame Initiative der Landeskirchen, Aargauer Muslime und der Israelitischen Kultusgemeinde. Das Land sei längst multireligiös geworden, aber mit dieser Tatsache umzugehen, sei zum Beispiel im Schulalltag (Stichwort Kopftuchdebatte) nicht immer einfach, sagte er in seiner Grussadresse. Auf der anderen Seite sei die Verbundenheit mit der Religion für viele eine Stütze dabei, sich zu integrieren, ohne dabei die kulturelle Identität zu verlieren.

Bester Obstwein kommt aus Sulz

Prämierung 1,5 Millionen Liter Obstsäfte wurden im Herbst 2013 im Aargau hergestellt. Im Landwirtschaftlichen Zentrum Liebegg wurden nun unter 69 Obstsäften die besten prämiert.

Beim Aargauer Grand Prix Süssmost 2014 schafften gleich vier Teilnehmer das Punktemaximum und holten sich die Goldmedaille.

Die Säfte von Fredy Boll (Bergdietikon), Irene Graf (Full), Theodor Wyss (Freienwil) und Christian Halter (Beinwil am See) wurden allesamt mit 20 Punkten bewertet.

Der beste Obstwein kommt in diesem Jahr aus Sulz. Marcel und Corina Weiss schafften mit ihrem Wein das Punktemaximum. 19 Punkte erreichten Walter Budliger (Sulz) und Hansjörg Haller (Gränichen). Getestet wurden die Weine und Säfte von einer unabhängigen Fachjury. (JAM)

INSERAT

BDP NEIN zur Anti-Abtreibungsinitiative

Maya Bally Frehner
Grossrätin, Fraktionspräsidentin

NEIN! Frauen in Not würden bestraft und das Prinzip der Solidarität in unserer Gesellschaft würde verletzt.

INSERAT

«Sichern wir den Unterhalt der Bahn!»

Micha Siegrist, Geschäftsführer VCS Aargau



Ein guter Zug der Schweiz

JA zum Unterhalt und Ausbau des öffentlichen Verkehrs (FAB) www.sv-allianz.ch

Regionalkomitee Aargau